



Konrad
Adenauer
Stiftung

Almanya Programm



Oktober 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN

1. Einwanderungsdebatte

Reaktionen auf Ministerpräsident Seehofer

2. Islam in Deutschland

Zur Rede des Bundespräsidenten · Anerkennung des Islam · Tag der offenen Moscheen

3. Deutsch-türkische Lebenswelten

Deutschpflicht · Diplomanerkennung · türkische Filmwoche in Essen

4. Studien und Berichte über Integration

Ausländerfeindlichkeit · Muslime · Integration

Impressum

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap GmbH - Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Pressespiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen ab.

1. Einwanderungsdebatte

Nach Thilo Sarrazin hat nun auch CSU-Chef Horst Seehofer mit provokanten Aussagen über in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens in allen türkischen Tageszeitungen Schlagzeilen gemacht.

„Toleranz gegenüber anderen Religionen, aber Nein zur Einwanderung von Muslimen!“ titelt die liberal-islamische **ZAMAN** am 11.10. zum umstrittenen Interview des Nachrichtenmagazins FOCUS mit bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Der Politiker wird mit folgenden Worten zitiert: „Es ist klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun“. Hieraus folgere Seehofer, dass es keiner zusätzlichen Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen mehr bedürfe, so das Blatt. Zwar zeige er sich tolerant gegenüber anderen Religionen, sei aber gegen die weitere Einwanderung von Menschen muslimischen Glaubens, so das Blatt weiter. „Er muss sich entschuldigen!“ fordert die konservative **HÜRRIYET** am 12.10. von Seehofer. Laut Kenan Kolat, dem Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD), seien die Äußerungen Seehofers „beleidigend und diskriminierend“. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer wird wie folgt zitiert: „Es kann nicht sein, dass Menschen aus bestimmten Kulturkreisen unter Generalverdacht gestellt werden!“. Am 13.10. informiert die konservative **SABAH** über die Stellungnahme des SPD-Politikers Vural Öger zur Debatte über Seehofer. In einem FOCUS-Interview habe der Gründer des Reiseunternehmens Öger Tours folgendes gesagt: „Es nervt, wenn Politiker wie Thilo Sarrazin oder jetzt Horst Seehofer alle Türken, Araber und Muslime über einen Kamm scheren“. Seines Erachtens löse die zunehmende Fokussierung der Integrationsdebatte auf Türkeistämmige bei diesen großen Unmut aus und führe vor allem auch dazu, dass gerade junge türkeistämmige Akademikerinnen und Akademiker sich in Deutschland unwohl fühlten. „Es ist eine gefährliche Entwicklung“, so das Blatt. Weiterhin sei es falsch, Menschen aus anderen Ländern in „einem Kulturkreis“ zusammenzufassen, nur weil beiden Ländern der Islam als Religion gemein sei, so Öger weiter. „Der Widerstand kommt wie eine Lawine“ titelt die **HÜRRIYET** (13.10) über die Reaktionen verschiedener Türkeistämmiger aus der Bevölkerung, darunter auch Politiker. Laut Özcan Mutlu, Abgeordneter der Grü-

nen im Berliner Abgeordnetenhaus, seien es nicht die Muslime, die die Gesellschaft spalteten, sondern verantwortungslose Politiker. Am 20.10. nimmt Seehofer in der **HÜRRIYET** Stellung zu seinen umstrittenen Aussagen. Der CSU-Politiker betont, dass seiner Meinung nach 80-90% der Türkeistämmigen in Deutschland gut integriert seien. Seine Aussagen seien bewusst falsch verstanden worden: „Diese Aussagen waren im Kontext der Zuwanderung wegen mangelnder Fachkräfte in Deutschland gemeint. Das wird ausgeblendet! In einem Dialog muss man auch mal Defizite ansprechen dürfen.“

2. Islam in Deutschland

Im Oktober beschäftigten sich die türkischen Tageszeitungen intensiv mit dem Thema Islam. Thematisiert wurden u.a. die Rede von Bundespräsident Wulff am Tag der Deutschen Einheit, seine Türkeireise, die Anerkennung des Islam in Deutschland sowie der Tag der offenen Moscheen.

Anlässlich des Tags der Deutschen Einheit hielt Bundespräsident Wulff am 03. Oktober eine Rede, in der er sich auch Themen wie Integration und Islam in Deutschland widmete. Am 04.10. greifen alle türkischen Tageszeitungen diese Rede in ihrer Berichterstattung auf: „Wir alle sind Deutschland!“ titelt die **HÜRRIYET** als Zitat aus Wulffs Rede. Die Zeitung lobt, dass der CDU-Politiker davor gewarnt habe, die Zementierung von Ausgrenzung und Vorurteilen zuzulassen. „Auch der Islam ist Teil Deutschlands“ titelt die **SABAH** über Wulffs Rede. Nach eigenen Angaben sei Wulff der Bundespräsident aller in Deutschland lebender Bürger – also von Christen, Juden und Muslimen, so die Zeitung. In der trüben Stimmung, die seit einigen Wochen in der Integrationsdebatte herrsche, habe Wulff das nötige Feingefühl gezeigt und die Herzen von Migrantinnen und Migranten wie auch von Deutschen erobert, lobt das Blatt. In ähnlichem Ton berichten auch die national-islamische **TÜRKIYE** und die **ZAMAN** über die Rede des Bundespräsidenten. „Wulff sorgt für Zufriedenheit“ titelt die am **ZAMAN** 05.10. Laut Ali Kizilkaya, dem Vorsitzenden des Islamrats, seien die Worte Wulffs „historisch“, so das Blatt. Die **HÜRRIYET** (05.10.) fasst die Reaktionen junger

Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens in Deutschland unter dem Titel „Er ist zu unserer Stimme geworden!“ zusammen.

„Eine gute Beziehung mit Problemen und Potenzialen“ schreibt die **ZAMAN** (18.10.) anlässlich des fünftägigen Staatsbesuchs von Bundespräsident Wulff in der Türkei. Das Blatt zeigt sich erfreut über die Häufigkeit der Staatsbesuche zwischen Deutschland und der Türkei und schreibt, dass Wulff nicht nur die Herzen der in Deutschland lebenden Türkeistämmigen, sondern auch die der türkischen Bevölkerung erobert habe. Am selben Tag kritisiert die **HÜRRIYET** auf ihrer Titelseite das Deckblatt des Magazins FOCUS, auf dem Christian Wulff, wegen seines Staatsbesuchs in der Türkei mit Schnurrbart und Gebetskappe abgebildet sei. „Diskussion um den Islam vor Staatsbesuch erneut entflammt!“ titelt das Blatt in diesem Zusammenhang. „Die Türkei ist unser wichtigster Partner!“ titelt die **HÜRRIYET** (19.10.) über Wulffs Aussagen zur Türkei. Die Zeitung informiert, dass Wulff als erster deutscher Bundespräsident vor dem türkischen Parlament sprechen werde und bezeichnet dies als einen „historischen Moment“.

Anerkennung des Islam in Deutschland

„Deutschland kann nicht noch einmal 40 Jahre warten!“ titelt die **ZAMAN** am 09.10 über die Forderung von SPD und Grünen, den Islam als öffentlich-rechtliche Körperschaft in Deutschland offiziell anzuerkennen. Vertreter der muslimischen Verbände hätten diese Forderung sehr begrüßt, so das Blatt. Die offizielle Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft wäre ein wichtiger Impuls, der die generelle Akzeptanz von Muslimen in der Gesellschaft sowie das Zugehörigkeitsgefühl von Muslimen zu Deutschland vorantreiben würde, so die Verbandsvertreter. Erol Pürlü, aktueller Sprecher des Koordinationsrats der Muslime (KRM) wird mit diesen Worten zitiert: „Die offizielle Anerkennung des Islam ist schon längst überfällig. Hierzu muss die Deutsche Islam Konferenz schnellstmöglich Ergebnisse hervorbringen. Weder sollte Deutschland, noch können die Muslime weitere 40 Jahre warten, um offiziell anerkannt zu werden“. Der Islamratsvorsitzende Ali Kizilkaya habe gesagt, dass hierzu die Anerkennung der muslimischen Verbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts unabdingbar sei. „Nordrhein-Westfalen wird in der offiziellen Anerkennung des Islam eine Vorreiterrolle haben“ titelt die **ZAMAN** (13.10.) über die Aussagen des Landtagsabgeordneten der Grünen in Nordrhein-Westfalen, Arif Ünal. Integration und Islam sollen künf-

tig noch stärker als bisher in der Landespolitik thematisiert werden, so Ünal. Daher sei im Landtag eine Kommission eingerichtet worden, in die SPD und CDU je drei, die Grünen, FDP und die Linke je einen Vertreter entsenden. Unter der Leitung Ünals plane diese Kommission die Anerkennung des Islam systematisch anzugehen sowie eine rasche Lösung für die Frage des islamischen Religionsunterrichts herbeizuführen. Hierzu sehe Ünal eine enge Zusammenarbeit mit dem Koordinationsrat der Muslime vor. In diesem Zusammenhang spricht der Abgeordnete von einer „Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens“ in der offiziellen Anerkennung des Islam.

Tag der offenen Moscheen

Am 04.10. berichtet die **TÜRKIYE** über die positive Resonanz zum Tag der offenen Moscheen, der bundesweit am 03. Oktober veranstaltet wurde. Man habe hierzu bewusst den Tag der Deutschen Einheit als Veranstaltungsdatum gewählt, „um die Mauer in den Köpfen einzureißen“, so das Blatt über die Aussagen eines Organisators. Im Rahmen der bundesweiten Veranstaltungen sei allen Interessierten die Möglichkeit gegeben worden, sich über den Islam, über muslimische Bräuche sowie den Inhalt des Korans zu informieren. Insgesamt meldet die Zeitung, dass der Tag der offenen Moscheen bundesweit auf großes Interesse gestoßen sei.

Kritik an der Deutschen Islam Konferenz

Am 05.10. schreibt die **SABAH** über die Kritik von Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Deutschen Islam Konferenz (DIK). Hauptkritikpunkt sei nach Angaben der Zeitung, dass bislang nicht genügend vorzeigbare Ziele erreicht worden seien. Es bestehe noch viel Handlungsbedarf, gerade bei der Einführung eines eigenständigen Religionsunterrichts für Muslime sowie bei den Sprachkenntnissen in Deutschland arbeitender Imame.

3. Deutsch-türkische Lebenswelten

Im Oktober berichtete die türkische Tagespresse u.a. über die Forderung, auf dem Pausenhof eine Deutschpflicht einzuführen, die Anerkennung ausländischer Diplome und die Gründung einer neuen Partei durch Türkeistämmige in Bremen. Weitere Themen waren die Verleihung von Auszeichnungen wie des Bundesverdienstkreuzes an Fatih Akin und des niedersächsischen Integrationspreises.

Einführung einer Deutschpflicht auf dem Pausenhof

„Deutschpflicht an Schulen“ titelt die **SABAH** (14.10.) über die Forderung des FDP-Generalsekretärs Christian Lindner, an öffentlichen Schulen eine offizielle Deutschpflicht einzuführen. Laut Lindner sei die Verwendung der deutschen Sprache auch außerhalb des Unterrichts, also beispielsweise auf dem Schulhof, förderlich für die Integration. Nach Angaben der Zeitung habe die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer sich ebenfalls für die Einführung dieser Deutschpflicht ausgesprochen.

Anerkennung ausländischer Diplome

„Schritt für Schritt zur Anerkennung türkischer Diplome“ schreibt die **ZAMAN** (20.10.). Bundesbildungsministerin Annette Schavan habe verkündet, dass der Gesetzesentwurf zur Anerkennung im Ausland erworbener Hochschulabschlüsse und Berufsausbildungen bis Ende des Jahres verabschiedet und unmittelbar mit dessen Implementation begonnen werden solle. Im Ausland erworbene Qualifikationen sollen dann innerhalb von drei Monate anerkannt werden. „Personen, deren Abschlüsse nur teilweise anerkannt werden, werden durch die zuständigen Behörden mit geeigneten Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten beraten“, so Schavan weiter.

Gründung einer türkischen Partei

Am 11.10. verkündet die **SABAH** die Gründung der „Türkischen Partei Bremen“ (BTP) durch Türkeistämmige, die in der Hansestadt leben. Die neue Partei möchte bei der nächsten Wahl in die Bremer Bürgerschaft einziehen, um dort die Interessen von ca. 40.000 Türkeistämmigen Bremerinnen und Bremern zu vertreten. Eckpunkte des Parteiprogramms seien u.a. die Forcierung des Integrati-

onsprozesses, der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und verbesserte Chancen für Migrantinnen und Migranten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Sprachkursverpflichtung verhindert Zwangsheiraten

Am 25.10. schreibt die **HÜRRIYET** über die Effekte, die die verschärften Zuwanderungsbestimmungen nach Deutschland hervorrufen. Dem Bericht zu Folge sei die Verpflichtung, Kenntnisse der deutschen Sprache im Vorfeld der Familienzusammenführung nachzuweisen, ein Mittel gegen Zwangsheiraten. Nach Angaben eines Mitarbeiters des Goethe-Instituts in Istanbul lehnten Personen, die gegen die Eheschließung seien die Teilnahme am Sprachkurs entweder gänzlich ab, oder beantworteten die Fragen im Klausurbogen nicht.

Bundesverdienstkreuz für Regisseur Fatih Akin

Auf der Titelseite verkündet die **HÜRRIYET** (05.10.) die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Regisseur Fatih Akin. Am Tag der Deutschen Einheit habe der türkeistämmige Filmmacher die Auszeichnung für sein künstlerisches Werk erhalten. Das von Bundespräsident Wulff verliehene Bundesverdienstkreuz sei an Akin gegangen, weil sich seine Werke mit Themen wie Integration, Heimat und Fremde auseinandersetzten und sich mit der Lebenswirklichkeit in Deutschland wohnhafter Türkeistämmiger beschäftigten, so das Blatt.

Verleihung des niedersächsischen Integrationspreises

Am 06.10. berichtet die **ZAMAN** über die Verleihung des niedersächsischen Integrationspreises 2010 an Yilmaz Kılıç aus Melle. Der türkeistämmige Unternehmer wurde für seine ehrenamtlichen Tätigkeiten ausgezeichnet, die den Integrationsprozess vor Ort forcierten. Seit der Gründung des Elternvereins habe sich Kılıç als dessen Vorsitzender zu einer Schlüsselperson entwickelt, die mit großem Vermittlungsgeschick dazu beigetragen habe, die Kluft zwischen Lehrern bzw. Schulleitung und Eltern mit Zuwanderungsgeschichte vor Ort zu schließen.

Türkische Filmwoche in Essen

Am 20.10. informiert die **HÜRRIYET** über die Türkische Filmwoche, die in der Zeit vom 24. bis zum 28. Oktober in der Lichtburg in Essen stattfindet. In dieser

Zeit werde das Kino jeden Abend zwei neue türkische Filme zeigen. Die Abschlussphase der türkischen Filmwoche in Essen werde im November 2010 eine deutsche Filmwoche in Istanbul bilden, so das Blatt weiter.

4. Studien und Berichte über Integration

Aufgrund der aktuellen Integrationsdebatte setzte sich die türkische Tagespresse intensiv mit Umfragen und Studien zu den Themen Muslime in Deutschland, Integration und Ausländerfeindlichkeit auseinander.

Umfrage zur Einwanderung von Muslimen

Am 01.10. berichtet die **SABAH** über eine bundesweite Umfrage des Allensbach Instituts zur Wahrnehmung von Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland. Gefragt wurde u.a., ob die sozialen und finanziellen Kosten, die mit der Einwanderung muslimischer Migrantinnen und Migranten zusammenhängen, deren Beitrag zur deutschen Wirtschaft überstiegen. 55% der Befragten beantworteten diese Frage mit ja, lediglich 20% verneinten. In Ostdeutschland bejahten 74% der Personen die Frage, in Westdeutschland sagten 50% ja und 24% nein. Außerdem schließe sich ein Drittel der Befragten der These Sarrazins an, dass Deutschland wegen der schlechten Bildung von Migrantinnen und Migranten verdumme, meldet das Blatt weiter.

Untersuchung zur Integration von Türken

„Türken sind der Meinung, sie seien gut integriert!“ verkündet die **ZAMAN** (01.10.). Die Umfrage des Instituts Data 4U mit Türkeistämmigen im gesamten Bundesgebiet habe ergeben, dass sich 84% dieser Gruppe sehr gut, gut oder eher gut in der deutschen Gesellschaft integriert fühlen. Bei den 14-29-Jährigen Türkeistämmigen liege der Zuspruch mit 90% sogar deutlich höher, informiert die Zeitung.

Umfrage zur Integration von Muslimen

„Negativer Blick auf Muslime“ meldet die **HÜRRIYET** (11.10.) in Anlehnung an die Ergebnisse einer EMNID-Umfrage mit deutschen Bürgerinnen und Bürgern. Diese ergab u.a., dass nach Auffassung von 59% der Befragten die große Mehr-

heit in Deutschland lebender Muslime nicht bereit sei, das Grundgesetz zu akzeptieren. 69% der Befragten sprachen sich gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus, während 27% dafür waren. Weiterhin glaubten 71% der Befragten daran, dass die große Mehrheit der Muslime die alltägliche Gleichberechtigung von Mann und Frau ablehne, so das Blatt weiter über die Ergebnisse der Umfrage.

Studie über wachsende Islamfeindlichkeit

„Die Islamfeindlichkeit in Deutschland nimmt zu!“ schreibt die **SABAH** am 12.10. über das Ergebnis einer Studie, welche die Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hat. Die Untersuchung stellt fest, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung islamfeindlichen Aussagen zustimmt, während diese Zustimmung in der Vorgänger-Studie bei ca. 34% gelegen hatte. 37% der Befragten seien der Auffassung, dass ein „Deutschland ohne den Islam besser“ wäre. Weiterhin seien 44% der Auffassung, dass man seit der durch Sarrazin in Gang gebrachten Integrationsdebatte nun in der Öffentlichkeit den Islam offener kritisieren könne. Am 14.10. titelt die **SABAH** „Ohne Worte“ zur selben Studie und gibt ohne weiteren Text den Befund der Studie wieder, die zum Thema Ausländerfeindlichkeit in Deutschland durchgeführt wurde. Demnach seien 34% der Deutschen der Meinung, dass ausländische Bürger den Sozialstaat ausnutzten und 30% meinen laut Umfrage, dass zu viele Ausländer in Deutschland lebten. 10% der Befragten meinten, Deutschland brauche „einen Führer“ und 46% gaben an, mit der Demokratie in Deutschland nicht zufrieden zu sein. Weiterhin waren 58 % der Befragten der Meinung, dass die Religionsfreiheit der Muslime begrenzt werden sollte. 30% bejahten, dass im Falle von Arbeitsknappheit Ausländer ausgewiesen werden sollten.